

*COMPASS-Infodienst
für christlich-jüdische und deutsch-israelische
Tagesthemen im Web*

www.compass-infodienst.de

ONLINE-EXTRA Nr. 91

Februar 2009

SHLOMO SHAFIR

Helmut Schmidt: Seine Beziehungen zu Israel und den Juden

.....
© 2009 Copyright bei Autor und Verlag
online exklusiv für ONLINE-EXTRA
www.compass-infodienst.de
.....

Nachfolgender Beitrag erschien zuerst in gedruckter Fassung in:

Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17

**Herausgegeben von Wolfgang Benz
Metropol Verlag
Berlin 2008**

© 2009 Copyright bei Autor und Verlag
online exklusiv für ONLINE-EXTRA
www.compass-infodienst.de

SHLOMO SHAFIR

Helmut Schmidt: Seine Beziehungen zu Israel und den Juden*

In seiner mehr als achtjährigen Amtszeit als Bundeskanzler bewährte sich Helmut Schmidt als sachkundiger und effektiver Politiker beim Aufbau der westdeutschen Wirtschaftsmacht, bei der Festigung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sowie bei der Schaffung des europäischen Währungssystems als Vorläufer des Euro.¹ Darüber hinaus war er auch an der pragmatischen Fortsetzung der Ostpolitik und Wahrung des strategischen Gleichgewichts zwischen West und Ost maßgeblich beteiligt. Insbesondere zeichnete er sich durch die erfolgreiche Bekämpfung des linksextremistischen Terrors aus. Auch nach seiner Abwahl blieb er und ist bis heute – als Publizist und Mitherausgeber der Zeit – eine zu beachtende Stimme in der deutschen Öffentlichkeit. In seinem neunzigsten Lebensjahr erfreut er sich großer Popularität und wird allgemein als einer der bedeutendsten Staatsmänner der Bundesrepublik geschätzt.

In der kollektiven Erinnerung Israels dagegen gilt er als der deutsche Regierungschef, der dem Land gegenüber weniger Sympathie bezeugte als beispielsweise seine Vorgänger Konrad Adenauer und Willy Brandt oder sein Nachfolger Helmut Kohl. Das ist im Wesentlichen auf seine Konfrontation mit dem rechtsnationalistischen Premierminister Menachem Begin (Likud) zurückzuführen, hängt aber auch mit seiner Weigerung zusammen, den Besuch von Begins Vorgänger, Jitzhak Rabin, 1975 in Deutschland durch einen Gegenbesuch als Kanzler zu erwidern.

Es stellt sich nun die Frage, ob die seit Beginn der siebziger Jahre zunehmenden deutsch-israelischen politischen Meinungsverschiedenheiten und gegensätzlichen Interessen bei vielen Israelis zu dem negativen Schmidt-Image beitrugen und ob die sukzessive Entfremdung von Israel bei Teilen der SPD an diesem Prozess mitwirkte. Zu berücksichtigen ist auch, welche Rolle dabei der selbstbewusste und manchmal schroffe sozialdemokratische Kanzler selbst spielte, der wie viele andere seiner Generation in seiner Jugend durch die nationalsozialistische Erziehung beeinflusst und durch den langen Wehrmachtsdienst geprägt worden war. Vielleicht waren die dauernden Spannungen während Schmidts Kanzlerschaft

zwischen der Bundesrepublik und Israel ein Hinweis – und wahrscheinlich nicht der letzte – auf die Labilität der deutsch-jüdischen-israelischen Beziehungen nach dem Holocaust.

I.

Während der Krise der Erhardschen Nahostpolitik 1964/65, als die Bundesregierung auf arabisches Drängen die offiziell geheim gehaltenen Waffenlieferungen nach Israel suspendierte, wurde Schmidt, der damals schon ein einflussreiches Mitglied des SPD-Parteivorstandes war, zum ersten Mal mit dem israelisch-arabischen Konflikt und seinen Auswirkungen auf die deutsche Politik konfrontiert. Zu dem Zeitpunkt war in Israel noch die Mapai (seit 1968 Arbeitspartei) an der Macht, die, obwohl über das Ausbleiben voller diplomatischer Beziehungen und über die damals noch nicht abgeschaffte Verjährungsfrist für Mord enttäuscht, an der Entwicklung positiver Beziehungen zu Bonn interessiert war. Noch im Frühjahr 1964 hatte sich Schmidt im Parteivorstand gegen eine von pro-israelischen Mitgliedern befürwortete SPD-Initiative ausgesprochen, die eine sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und den Rückruf deutscher Waffenexperten aus Ägypten vorsah.²

Trotz des schwierigen Anfangs war Israel an Schmidt sehr interessiert. Nachdem er als führender Verteidigungsexperte der SPD nach den Wahlen im Herbst 1965 in den Bundestag zurückgekehrt war, wurde Schmidt mit seiner Frau und Tochter im Sommer 1966 zu einem halboffiziellen Besuch nach Israel eingeladen. Der 47-jährige Politiker traf mit Außenminister Abba Eban und anderen führenden Mapai-Mitgliedern sowie mit Vertretern der Gewerkschaftsorganisation zusammen. Den persönlichen Höhepunkt seiner Reise bildete ein Gespräch im Hause Golda Meirs, damals Generalsekretärin der Mapai, die Schmidt durch ihre Bescheidenheit besonders imponierte. Ihm missfiel das in den israelischen Zeitungen vorherrschende negative Deutschlandbild, und er sprach sich für einen engen Kontakt beider sozialdemokratischer Parteien aus.³ Noch im selben Jahr trat Schmidt der von Adolf Arndt gegründeten Deutsch-Israelischen Gesellschaft bei, die sich für die israelischen Belange in der deutschen Gesellschaft und Politik einsetzte. Dreißig Jahre später begründete Schmidt seine damalige Sympathie für Israel mit der Aussichtslosigkeit auf einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Seine spätere Wende zur „inneren Neutralität“ führte er auf die wiederholten militärischen Aktionen Israels und dessen harte Politik gegenüber den Palästinensern zurück. Auch Schmidts Gespräche mit dem Herrscherhaus Saudi-Arabiens, in denen gemeinsame wirtschaftliche und finanzielle Interessen im Vordergrund standen, waren dafür maßgeblich.⁴

Während des Sechstagekriegs im Juni 1967 lag es an Helmut Schmidt, in seiner Funktion als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition, die Position der SPD zu dem Konflikt darzustellen. Die Erklärung,⁵ die im Auftrag einer Arbeitsgruppe der Fraktion erstellt wurde, erwähnte einerseits die historische Freundschaft der Bundesrepublik mit den arabischen Staaten, andererseits aber auch die moralischen Verpflichtungen gegenüber dem Staat Israel. Die arabische Seite bedankte sich bei Schmidt, der sich für eine Soforthilfe von fünf Millionen DM für die nach Jordanien geflüchteten Palästinenser eingesetzt hatte. Diese Summe wurde nach einem Besuch einer Bundestagsdelegation in Amman auf fünfundzwanzig Millionen DM aufgestockt.⁶ Auch hier erwies sich Schmidt als Pragmatiker und nicht als einseitig pro-israelisch.

Helmut Schmidt war ein entschiedener Gegner der 1968er-Bewegung in Deutschland. Er fand die Anschuldigungen an die Vätergeneration zu verallgemeinernd und den Vergleich

zwischen dem NS-Regime und der Bundesrepublik, auf deren Leistungen er stolz war, irreführend. Schmidt bat den israelischen Botschafter Asher Ben-Natan, dessen Vorträge in Hamburg und Frankfurt gestört wurden, zu unterscheiden zwischen dem Verhalten kleiner terroristischer Gruppen und der jungen Generation an sich, die jeglichen Meinungsterror verabscheue.⁷ Trotzdem mehrten sich die anti-israelischen und pro-palästinensischen Kundgebungen. Bis zum Sechstagekrieg hatte die große Mehrheit der deutschen Linken mit Israel sympathisiert. Danach erfolgte der Umbruch,⁸ der sich auch auf die nicht-radikale Linke auswirkte und später die zunehmende Entfremdung wesentlicher Teile der SPD gegenüber Israel zur Folge hatte. Bei führenden Vertretern des rechten Parteiflügels wie beispielsweise Helmut Schmidt sollte auch aus anderen, nicht ideologischen, sondern realpolitischen Gründen ein Abkühlen der Beziehungen erkennbar werden. Andererseits wurden in den 70er-Jahren die Kontakte zwischen sozialdemokratischen sowie gewerkschaftlichen Organisationen und israelischen Partnern weiter ausgebaut. Sie trugen zur gegenseitigen Verständigung und zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Juden in Israel bei.

II.

In der ab Oktober 1969 in Bonn regierenden sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt galt Schmidt in seiner Funktion als Verteidigungsminister kurze Zeit als der zuverlässigste Freund Israels.⁹ Die Ostpolitik der neuen Regierung wurde in Jerusalem von Anfang an mit Misstrauen verfolgt, insbesondere weil Israel sich im „Kalten Krieg“ als verlässlicher pro-westlicher Partner gegen die israelfeindliche Sowjetunion verstand. Hinzu kamen die westdeutschen Bemühungen, die 1965 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten neu aufzunehmen, der Einfluss der FDP, die politisch meist nicht viel Sympathien für Israel übrig hatte, sowie die 1973 erfolgte Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO. Auch der Kniefall Willy Brandts vor dem Warschauer Ghettokämpferdenkmal konnte die israelischen Befürchtungen nicht ausräumen.

Der israelische Botschafter Elyashiv Ben Chorin unterhielt regelmäßige Kontakte zu Schmidt und seinen Mitarbeitern. Seine Vorgesetzten in Jerusalem hofften sogar, sie wären durch Schmidt imstande, die Bundesrepublik von US-Präsident Richard Nixons Haltung im Nahostkonflikt und von den Sicherheitsinteressen Israels zu überzeugen.¹⁰ Schmidt, der von den Leistungen der israelischen Streitkräfte im Sechstagekrieg sehr beeindruckt war, gab im SPD-Arbeitskreis für auswärtige Politik zu bedenken, dass Israel für das westliche Bündnis in der Region wichtiger sei als Griechenland oder die Türkei. Im Kabinett bezeichnete er Israel als den „einzige[n] stramm westlich orientierte[n] Staat“, der vom Standpunkt der Verteidigung aus auch für Deutschland sehr wichtig sei, neben allem anderen, „was uns Israel gegenüber besondere Verpflichtungen auferlege“.¹¹ Auf Veranlassung des Verteidigungsministeriums trafen sich deutsche und israelische Offiziere zu einem Meinungs- und Informationsaustausch.¹² Die Waffenlieferungen, die auch nach der 1965 proklamierten Suspendierung nie ganz aufgehört hatten, erfolgten trotz Einspruchs des von Walter Scheel (FDP) geleiteten Auswärtigen Amtes weiter.¹³ Wie andere bedauerte auch Schmidt, der nach seinem Wechsel ins Finanzministerium zu einem der stellvertretenden SPD-Vorsitzenden aufgerückt war, dass Amerika während des Jom Kippur-Krieges 1973 die deutsche Neutralität missachtete, indem es in Bremerhaven auf israelische Schiffe amerikanische Waffen verfrachtete. Die noch während der Brandt-Regierung im Schatten des arabischen Ölboykotts erreichte Übereinstimmung zwischen den damaligen neun EG-Mitgliedern, die eine Räumung aller von Israel besetzten Gebiete und die Anerkennung der legitimen Rechte der

Palästinenser vorsah, bestimmte in den folgenden Jahren die europäische Nahostpolitik und scheint auch Schmidt, noch bevor er Kanzler wurde, beeinflusst zu haben.¹⁴

Die politische und strategische Schwächung Israels nach dem Jom Kippur- Krieg, die zunehmende Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft, die engere Kooperation mit Frankreich nach der Wahl Valéry Giscard d'Estaings zum französischen Staatspräsidenten, die deutsche UNO-Mitgliedschaft und das wachsende deutsche Interesse an wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen arabischen Staaten – all das führte dazu, dass Schmidt nach und nach seine Haltung gegenüber Israel änderte. Auch unilaterale Schritte, wie zum Beispiel die Erklärung des westdeutschen UNO-Botschafters Rüdiger von Wechmar im November 1974, die Bundesrepublik bejahe das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Anrecht auf eine eigene staatliche Autorität, trugen in Israel zur Verstimmung bei.¹⁵

Die Diskrepanz zwischen den deutschen beziehungsweise westeuropäischen und israelischen Positionen zeigte sich bereits in den ersten Jahren der Schmidt- Regierung. Während die Bundesrepublik und die anderen EG-Staaten auf einem israelischen Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten bestanden, war Israel, wie in dem von den USA geforderten Interimabkommen, lediglich bereit, sich von einem Teil des Sinai zurückzuziehen. Trotz allem war die seit 1974 amtierende Rabin-Regierung an einem Besuch des Premierministers in Deutschland sehr interessiert. Man hegte die Hoffnung, dass in der unfreundlichen Atmosphäre, die nach dem Jom Kippur-Krieg in den meisten europäischen Staaten Israel gegenüber vorherrschte, der Besuch als diplomatischer Erfolg gewertet und die Zusammenarbeit mit Bonn auf verschiedenen Gebieten fortgesetzt werden würde. Wie aber vorauszusehen war, kam es bei den politischen Gesprächen zwischen den beiden Regierungschefs zu keiner Verständigung.¹⁶

Vergeblich versuchte der Kanzler, Rabin davon zu überzeugen, dass eine Fortsetzung der kriegerischen Auseinandersetzung infolge des Status quo eine Weltwirtschaftskrise auslösen könne, die auch Israel gefährden würde.¹⁷ Aus seinen Gesprächen mit Rabin folgerte Schmidt, dass der pro-amerikanische israelische Premier hauptsächlich an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, damals schon Israels zweitgrößter Handelspartner, interessiert sei, und er sich weder von der deutschen noch von der europäischen Kritik an Israels Politik beeindrucken ließ.¹⁸ Dennoch war Schmidts Regierung noch vor Rabins Besuch an der Verabschiedung des ersten israelischen Freihandelsabkommens mit der EG beteiligt. Auch die jährliche Wirtschaftshilfe von 140 Millionen DM wurde erneuert und eine gemeinsame deutsch-israelische Wirtschaftskommission gegründet, die 1976 zum ersten Mal zusammentraf.¹⁹ Ein Novum war der über das Auswärtige Amt organisierte erste offizielle Besuch des Zentralrats der Juden in Deutschland in Israel. Angesichts der politisch festgefahrenen Lage sollte gerade diese Delegation, die in Israel für die Anerkennung einer jüdischen Existenz in Deutschland warb, zur Entspannung beitragen.²⁰ Obwohl in den offiziellen Protokollen nicht erwähnt, wurde auch die Anfang der 70er-Jahre begonnene Kooperation bei der Bekämpfung terroristischer Gruppen in beiden Ländern fortgesetzt.²¹

Der von Rabin vorgeschlagene Gegenbesuch fand während Schmidts Kanzlerschaft nicht statt. Wegen der unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten wurde der weitere direkte Kontakt hauptsächlich den Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Yigal Allon überlassen, die jedoch, trotz Beteuerungen gegenseitiger Freundschaft, keinen Durchbruch erzielten.²² Dagegen drückte der Kanzler anlässlich des ersten Besuchs des ägyptischen Präsidenten Anwar-as Sadat (29. 3. bis 3. 4. 1976) in einem Interview seine Zufriedenheit aus

über die freundschaftlichen und engen Beziehungen mit den arabischen Staaten, insbesondere mit Ägypten. Sadat beeindruckte Schmidt mehr als viele andere Politiker.

Symptomatisch für die deutsch-israelischen Beziehungen am Ende der Rabin- Regierung war Schmidts Antwort auf eine Frage Allons: „Das deutsche Volk habe noch Sympathien für Israel, aber weniger als früher wegen der Westbank und dem Golan.“²³ Nach dem Machtwechsel in Jerusalem war der Gegenbesuch nicht mehr aktuell, obwohl Begin durch Außenminister Moshe Dayan die Einladung wiederholte.²⁴

III.

Das schwierigste Kapitel in den Beziehungen Schmidts zu Israel begann, als die Arbeitspartei, die seit der Staatsgründung Israels und auch schon zuvor dominiert hatte, abgewählt wurde und eine Rechtsregierung unter Menachem Begin an die Macht kam. Es waren die nun folgenden politischen Stellungskämpfe, die im Wesentlichen zum negativen Schmidt-Image in der kollektiven Erinnerung Israels beitrugen. Während die Auseinandersetzungen zwischen Schmidt und Rabin meist auf sachlicher Ebene verliefen, verschärften sie sich jetzt durch grundlegende politische und gefühlsmäßige Gegensätze. Anders als in der Bundesrepublik, wo der Unterschied zwischen den beiden großen Volksparteien in Bezug auf Israel verhältnismäßig klein war, vertrat die revisionistische Cherut, der Kern des Likud, seit Beginn der Wiedergutmachungsverhandlungen und schon vorher eine traditionell antideutsche Position. In Israel beeinflusste die Wende von 1977 nicht nur die diplomatische Szene, sondern auch die öffentliche Meinung. Hinzu kam der persönliche Antagonismus zwischen dem oft arroganten Kanzler, der auf Kritik nicht immer diplomatisch reagierte, und dem emotionalen israelischen Politiker, der nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Polen nach Litauen geflohen und so der NS-Verfolgung entkommen war – im Gegensatz zu seinen Eltern und vielen seiner Verwandten, die von den Deutschen ermordet wurden. Mehr als seine Vorgänger und auch Nachfolger war Begin von der Kollektivschuld der Deutschen am Mord der sechs Millionen Juden überzeugt, was Schmidt wiederum kategorisch zurückwies.

Nach dem schmerzhaften Verzicht auf ganz Sinai, der nach Präsident Sadats Besuch in Jerusalem den Weg für den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag ebnete, hoffte Begin, das palästinensische Problem in den besetzten Gebieten im Rahmen einer begrenzten Autonomie lösen zu können, was aber allen internationalen Stellungnahmen widersprach. Die von Axel Springer an Schmidt übermittelte Botschaft Begins,²⁵ in der er gebeten wurde, sich nicht öffentlich zu bestimmten Problemen des Friedensprozesses, wie zum Beispiel den Siedlungen in den nach 1967 besetzten Gebieten, zu äußern, wurde vom Kanzler nicht befolgt.²⁶ Schmidt erkannte schon früh, dass gerade die Siedlungen, insbesondere die in der Westbank, das größte Hindernis bei einer Räumung der von Israel besetzten palästinensischen Gebiete sein würden. Dies sollte bis Ende seiner Kanzlerschaft und auch darüber hinaus ein zentrales Element seiner Kritik an Israels Politik bleiben. Schmidts wiederholte Warnung, Israels Siedlungspolitik beschwöre eine Kriegsgefahr herauf, provozierte Begin zu der Antwort, dass Deutsche, die für den Mord an sechs Millionen Juden, darunter eineinhalb Millionen jüdischen Kindern, verantwortlich seien, kein Recht hätten, Israel Ratschläge zu erteilen.²⁷ Der Beschluss, die PLO an den Verhandlungen zur Lösung des Konflikts zu beteiligen, der auf eine deutsch-französische Initiative auf dem EG-Gipfel in Venedig im Juni 1980 zurückging,²⁸ wurde von Israel kategorisch abgelehnt. Yitzhak Shamir, ab 1983 Begins Nachfolger, schlug zwar während seines Besuchs als Außenminister in Bonn Ende 1980 moderatere Töne an, aber auch zwischen ihm und Schmidt kam es zu keinem „konstruktiven Dialog“.²⁹ Nur dank des Widerstands einer großen Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion, die

teils einen Waffenverkauf außerhalb der NATO ablehnte und teils auf Israels Interessen Rücksicht nahm, konnte Schmidt den angestrebten Verkauf von Leopard-2 Panzern und anderem militärischen Gerät an Saudi-Arabien nicht verwirklichen. Dieselben Panzer wurden einige Jahre später von der Kohl-Regierung verkauft.³⁰

Die Konfrontation zwischen Schmidt und Begin erreichte ihren Höhepunkt nach einer Fernsehdiskussion, die in Verbindung mit einem Besuch des Kanzlers in Abu Dhabi und Saudi-Arabien stattfand und zu einer Erweiterung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beider Länder mit Deutschland beitragen sollte. In diesem Gespräch bezeichnete Schmidt Saudi-Arabien neben den USA und Europa als Deutschlands wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner. Weiter erwähnte er, dass im Gegensatz zu dem „ganzen moralisch-historischen Gepäck“, das mit Auschwitz verbunden sei und die gegenwärtige deutsche Generation sowie die deutsche Außenpolitik gegenüber verschiedenen europäischen Ländern belaste, die „arabischen Völker so ziemlich die einzigen [seien], die mit den Deutschen keine negativen Erfahrungen gemacht haben“. Schmidt fügte hinzu, dass man als Deutsche im Westen, die den Anspruch auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes (im Osten) erheben, auch den moralischen Anspruch des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechtes auf eine staatliche Organisation anerkennen müsse.³¹ Schmidts Argumentation, ohne auch den moralischen Anspruch des jüdischen Volkes zu erwähnen, bewog den im Wahlkampf befindlichen Begin zu seinem bisher schärfsten öffentlichen Angriff auf den deutschen Bundeskanzler. Dabei kritisierte er Schmidts Habgier bei den wirtschaftlichen Abmachungen mit den Saudis, seine Loyalität zu Hitler als Offizier der Wehrmacht und schob noch die rhetorische Frage nach, was er denn mit den Juden an der Ostfront getan habe.³² In Deutschland wiesen Politiker, Presse und Bevölkerung – mit unterschiedlichen Nuancen – Begins persönlichen Angriff auf den Kanzler entschieden zurück,³³ wogegen man sich in Israel mehrheitlich mit Begin solidarisierte.³⁴ Die oppositionelle Arbeitspartei versuchte ihre Zurückhaltung mit wahltaktischen Erwägungen zu entschuldigen, obwohl auch sie andere Formulierungen vorgezogen hätte.³⁵ Alle Bemühungen im Laufe des folgenden Jahres, so auch die der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Annemarie Renger,³⁶ den Streit zwischen Begin und Schmidt zu schlichten, blieben erfolglos. Der Händedruck zwischen Begin und Schmidt während des Staatsakts in Kairo für den ermordeten Anwar-as Sadat blieb lediglich eine protokollarische Geste. Begin vermied es auch weiterhin, sich bei Schmidt zu entschuldigen. Schmidt seinerseits wies Herbert Wehners Kritik an seiner Weigerung zurück, Israel den lange verschobenen Besuch abzustatten, und fügte hinzu, dass er viele Freunde in Israel und unter den Juden in der ganzen Welt habe.³⁷

Indirekt half Begin Schmidt mit seinen Kollektivbeschuldigungen, das Besondere in den „normalen Beziehungen mit besonderem Hintergrund/oder Charakter“³⁸ abzuwerten und den deutschen außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. Obwohl Schmidts Regierung die regulären Verpflichtungen gegenüber Israel erfüllte, waren die deutsch-israelischen Beziehungen an einem Tiefpunkt angelangt. Es sollte noch Jahre dauern, bis die Beziehungen, nach einem holprigen Beginn während der Kanzlerschaft Helmut Kohls neue Impulse erhielten.

IV.

Noch vor der Eskalation der Begin-Krise war Schmidt an Kontakten mit der seit 1977 oppositionellen Arbeitspartei und auch an anderen israelischen Politikern interessiert, die sich mit Begins antideutscher Linie nicht identifizierten. Trotz der Vorbehalte gegenüber der israelischen Politik, die er bereits vor dem Machtwechsel geäußert hatte, wollte er nicht in die

anti-israelische Ecke gedrängt werden. Er hoffte, seine Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass „er sich Israel gegenüber mindestens ebenso verpflichtet und engagiert [fühle] wie Adenauer“.³⁹ Abba Eban, der sich am weitgehendsten mit Schmidts Kritik solidarisierte, betonte, „Begin zerstör[e] mit seiner Schroffheit das Prestige Israels in der Welt und sogar bei den Juden“. Schmidt bemerkte seinerseits, „die gegenwärtige israelische Regierung benimmt sich wie eine Supermacht [...]. Diese Haltung schafft aber keine Freunde in der Welt“. Er selbst bedauere „zutiefst den Niedergang des israelischen Ansehens in der Welt“.⁴⁰ Shimon Peres, der Vorsitzende der Arbeitspartei, war vorsichtiger und riet Schmidt, in Deutschland etwas Positives über Israel zu sagen, vielleicht nach dem Rückzug aus dem Sinai, ohne Begin weder positiv noch negativ zu erwähnen. Peres kritisierte Begins strategisches Konzept, die Sowjetunion als Feindesland zu bezeichnen, ohne auf die Millionen sowjetischer Juden Rücksicht zu nehmen.⁴¹ Im Gegensatz zu den Israelis machte Schmidt keine Bemerkungen über die Politik der anderen deutschen Parteien.

Moshe Dayan, der aus der Arbeitspartei ausgeschieden und mehr als zweieinhalb Jahre in Begins Kabinett Außenminister war, traf kurz nach Sadats Besuch in Jerusalem im November 1977 sowie im September 1979 mit Schmidt zusammen. Obwohl Schmidt und Dayan in Bezug auf die Zukunft der Westbank, die israelischen Siedlungen, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Israels künftigen Grenzverlauf⁴² entgegengesetzte Meinungen vertraten, fühlte sich Schmidt zu Dayans Persönlichkeit hingezogen. Dayan blieb bis zu seinem Tod einer der israelischen Politiker, die ihn am meisten beeindruckten. In seinem Buch „Weggefährten“ erwähnte Schmidt, dass Dayan – der ihn einige Male in Bonn und Hamburg auch privat besucht hatte – ein Herz für die Palästinenser habe, ihre Sprache spreche und ihre Art des Lebens, ihre Gastfreundschaft und ihren Umgang mit anderen Menschen liebe.⁴³ Dies imponierte Schmidt weitaus mehr als dessen militärische Vergangenheit.

Als einer der lautstärksten Kritiker der Likud-Regierung wies Nachum Goldmann, der langjährige Präsident des World Jewish Congress (bis 1977) und Vorsitzende der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Begins „geschmacklose“ Angriffe auf Schmidt zurück und beschuldigte den Premierminister, durch seine aggressive Politik die „Judenfrage“ noch zu verschärfen. Noch als die Arbeitspartei an der Macht war, stand Goldmann, kein Israeli, sondern ein kosmopolitischer „Staatsmann ohne Staat“, der israelischen Politik kritisch gegenüber. Nach dem Machtwechsel wurde seine Kritik noch schärfer.⁴⁴ Schmidt hatte Goldmann, mit dem ihn eine enge Beziehung verband, noch vor seiner Kanzlerschaft als SPD-Bundestagsfraktionschef und danach als Finanzminister kennengelernt. Mit dem Kanzler verhandelte Goldmann die Restsumme der Wiedergutmachtungszahlungen in Höhe von 600 Millionen DM, die schließlich auf 400 Millionen DM herabgesetzt wurde.⁴⁵

Der lang verschobene Besuch Schmidts in Israel fand schließlich erst im Mai 1985, im dritten Jahr nach seiner Abwahl, statt. Der Besuch erfolgte auf Einladung von Shimon Peres, der von 1984 bis 1986 als Premier einer Koalition von Arbeitspartei und Likud vorstand. Im Zeichen der Ausgewogenheit kamen Schmidt und seine Frau Hannelore (Loki) nach Israel aus Ägypten, wo sie sich als Gäste Präsident Hosni Mubaraks aufhielten.

Außer Rabin und Shamir traf Schmidt bei seinem Besuch auch die Bürgermeister von Jerusalem und Bethlehem, Teddy Kollek und Alias Freij. In einem Interview mit der führenden israelischen Tageszeitung „Haaretz“ betonte Schmidt, Juden und Deutsche sollten nicht vergessen, dass man trotz der NS-Vergangenheit auch für die Zukunft arbeiten müsse.⁴⁶ 1991 kam Schmidt nochmals nach Israel, wo er an einem Symposium in Jerusalem anlässlich Teddy Kollleks achtzigstem Geburtstag teilnahm. Der Altkanzler lobte Kollek als Vorbild

eines demokratischen Politikers und insbesondere seine Toleranz gegenüber den arabischen Bürgern Jerusalems.⁴⁷ Schmidts Ehefrau hatte Israel bereits während seiner Kanzlerschaft besucht und im Laufe der Jahre beim Aufbau des Botanischen Gartens der Hebräischen Universität mitgeholfen.⁴⁸ Es darf angenommen werden, dass sie als Privatperson für Israel wohl mehr Sympathien aufbrachte als ihr Ehemann.

V.

Helmut Schmidts Querelen mit Begin begannen, als die Erinnerung an den Holocaust zuerst in den USA und Israel, dann auch in Deutschland verstärkt ins öffentliche Bewusstsein drang. Dazu hatte eine Reihe von Faktoren beigetragen: das zeitweilige Abflauen des Kalten Krieges, die Konfrontation der jüngeren deutschen Generation mit ihren Eltern und die sukzessive Veränderung der politischen Kultur, und nicht zuletzt die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, die bei einem breiten Publikum große Wirkung erzielte. Nach Verzögerungstaktiken der konservativ regierten Bundesländer wurde die Serie schließlich 1979 auch in Deutschland ausgestrahlt. Obgleich sie nur in den Dritten Programmen gezeigt wurde, erreichte sie eine Rekordzahl von ca. fünfzehn Millionen Zuschauern. Helmut Schmidt und der SPD-Parteivorsitzende Brandt hatten sich von Anfang an für die Ausstrahlung ausgesprochen. In einem Interview mit dem französischen Fernsehen resümierte Schmidt, die Fernsehserie habe das Verdienst, „bei vielen Menschen mehr Klarheit über die Vergangenheit zu schaffen, als dies ein nüchterner Geschichtsunterricht oder Geschichtsbücher leisten könnten“.⁴⁹

In seinen Gedenkreden in Neuengamme 1965 und auch 1977 in Auschwitz⁵⁰ hatte Schmidt der Opfer gedacht, ohne jedoch direkt die Juden zu erwähnen. 1978, als der Holocaust allmählich auch in der deutschen Geschichte an Bedeutung gewann, hielt er am vierzigsten Jahrestag der Pogromnacht in der Kölner Synagoge eine sorgfältig vorbereitete Rede. Die Rede war die bis dahin am weitesten gehende Stellungnahme eines deutschen Bundeskanzlers zu dem von dem NS-Regime verschuldeten Verbrechen an den deutschen Juden.

Die Gedenkfeier wurde zusammen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland veranstaltet. Schmidt räumte ein, dass die Ausschreitungen gegen Juden, die Zerstörung von Synagogen und Verwüstungen tausender Geschäfte und Wohnungen vor den Augen vieler deutscher Mitbürger geschahen, wogegen andere von den Geschehnissen nur mittelbar Kenntnis erhielten, und „sehr viel andere davon damals nichts oder fast nichts erfuhren“. Vielleicht, wenn man seinen Erinnerungen Glauben schenken darf, gehörte er zu denen, die als Soldaten zuerst nichts davon gemerkt hatten und erst später von den Stubenkameraden oder Freunden davon hörten und darüber diskutierten. Schmidt betonte, dass die junge deutsche Generation – ohne sie mit Schuld belasten zu wollen – auch mitschuldig werden könne, falls sie nicht ihre heutige und künftige Verantwortung erkenne. Bei der Vorbereitung seiner Kölner Rede hatte Schmidt Martin Bubers Schriften zu Rate gezogen, insbesondere dessen Satz, der sich auch auf Schmidts Vergangenheit während des NS-Regimes beziehen konnte: „Mein der Schwäche des Menschen kundiges Herz weigert sich, meinen Nächsten deshalb zu verdammen, weil er es nicht über sich selbst vermocht hat, Märtyrer zu werden.“⁵¹

Nachum Goldman, der der Gedenkfeier beiwohnte, meinte, dass trotz der tragischen Vergangenheit „ein neues Kapitel fruchtbarer gegenseitiger Beziehungen und gegenseitiger schöpferischer Beeinflussung zwischen Deutschen und Juden möglich sein werde“.⁵² Jedoch betonte Schmidt in einer Diskussionsrunde mit Historikern, die am selben Abend stattfand, dass Deutschland nicht mehr viele Jahre ein besonderes Verhältnis zu Israel pflegen sollte.⁵³

Schmidt hat die USA öfter besucht als die meisten anderen deutschen Politiker. Doch weder als Bundestagsabgeordneter noch als Minister oder in den ersten Jahren als Kanzler hatte Schmidt Interesse gezeigt, mit amerikanischen jüdischen Organisationen Kontakt aufzunehmen. Ein Vorschlag des deutschen Botschafters Berndt von Staden, er solle sich während des zweihundertsten Jubiläums der USA mit einer Delegation der Anti-Defamation-League treffen, wurde vom Auswärtigen Amt in Bonn blockiert. Die Delegation, die sich bei Schmidt für die deutsche Ablehnung der UNO-Resolution vom November 1975 bedanken wollte, in der Zionismus und Rassismus gleichgesetzt wurden, traf sich stattdessen mit der Staatssekretärin Marie Schlei, die Schmidt auf seiner Reise begleitete.⁵⁴

Unter Genscher hatte das Auswärtige Amt mehr Einfluss auf die Nahostpolitik der sozialliberalen Koalition als unter Walter Scheel. Das hatte ein größeres Verständnis für die arabische Seite zur Folge, was im Wesentlichen auch Schmidts Tendenz entsprach. Andererseits aber waren deutsche Diplomaten nach dem Rechtsruck in Israel daran interessiert, zunehmenden anti-deutschen Stellungnahmen amerikanischer Juden entgegenzuwirken. Gespräche zwischen dem Kanzler und dem American Jewish Committee, das schon seit langem an einer Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland interessiert war, verliefen positiv. Dabei wurde das erste Austauschprogramm zwischen dieser Organisation und der Konrad-Adenauer- Stiftung vereinbart, das die gegenseitige Verständigung und den Abbau von Vorurteilen fördern sollte.⁵⁵ Schmidt war auch der erste Bundeskanzler, der 1980 dem Leo Baeck Institut in New York einen Besuch abstattete.⁵⁶ Wie in Israel, so hoffte man auch in Bonn, die kulturellen Interessen der in die USA eingewanderten ehemaligen deutschen oder deutschsprachigen Juden und ihrer Nachkommen im Sinne einer Förderung der gegenseitigen Interessen zu nutzen – ein Unternehmen, das langfristig Erfolg zeigte.

Kurz nach der Konfrontation mit Begin im Mai 1981 hielt Schmidt es für ratsam, den Kontakt auch zu ausgesprochen pro-israelischen Organisationen zu suchen. Einer Delegation der Presidents Conference, eines Dachverbandes amerikanisch- jüdischer Organisationen, die dem Kanzler kritisch gegenüberstand, erklärte Schmidt, dass Bonns Stellungnahme zur PLO von deren Anerkennung der Existenz Israels in sicheren Grenzen unmittelbar abhängig sei. Um seine Glaubwürdigkeit zu bekräftigen, wurde Schmidt bei diesem Gespräch von seinem deutsch-amerikanisch- jüdischen Freund Eric Warburg begleitet, der aber wegen seiner ausgesprochen pro-deutschen Orientierung bei den amerikanischen Juden nicht unbedingt beliebt war.⁵⁷ Dagegen herrschte weitgehende Übereinstimmung beim Meinungs austausch zwischen Schmidt und dem damals neu gewählten Präsidenten des World Jewish Congress Edgar Bronfman. Bronfman würdigte den Kanzler als einen Freund Israels und des „jüdischen Volkes“ und erwähnte die guten und engen Beziehungen des WJC mit Deutschland. Schmidt bedankte sich für die Anerkennung, als ein Freund der Juden und Israels zu gelten, obwohl es zurzeit schwer für ihn sei, Letzteres zu sagen, weil er von Begin als Blitzableiter für innenpolitische Probleme benutzt werde.⁵⁸

VI.

In seiner Jugend hatte Schmidt so gut wie keinen Kontakt zu Juden. Nach dem Krieg als Student hörte er Gastvorlesungen von Professor Eduard Heimann, ursprünglich ein Hamburger Jude, von der New School of Social Research in New York, von dem er viel über die politischen und gesellschaftlichen Grundsätze der USA lernte, was sich bei seinen späteren Amerika-Reisen als hilfreich erwies.⁵⁹ Richtungweisend für den in die SPD

eingetretenen Studenten war die Lektüre von Richard Löwenthals Schrift „Jenseits vom Kapitalismus“, die dieser unter dem Pseudonym Paul Sering veröffentlicht hatte. Der nach England entkommene ehemalige jüdische Kommunist und Linkssozialist propagierte einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Löwenthal gebrauchte die Formulierung „als Jude von Herkunft und dabei deutsch in Formierung des Geistes“, um seine eigene Situation zu beschreiben. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde Löwenthal einer der prominentesten Verfechter des Reformflügels der SPD.⁶⁰

Schmidt, selbst von kleinbürgerlicher Herkunft, empfand eine große Genugtuung über seine Bekanntschaft mit Eric Warburg, dem Spross der hanseatischen Elite. Der Sohn des Hamburger Bankiers Max Warburg hatte im Krieg in der amerikanischen Armee gedient. Gleich danach aber setzte er sich für das besiegte Deutschland ein und war 1956 nach Hamburg zurückgekehrt. In seinem Testament verfügte er, ohne jegliche jüdische Riten begraben zu werden.⁶¹ Zu Schmidts jüdischen Bekannten in Hamburg zählte auch Herbert Weichmann, der aus den USA zurückgekehrt und 1965 zum Ersten Bürgermeister gewählt worden war. Weichmann und dessen Frau waren bekennende Juden.⁶² Laut Schmidt hatte die Hamburger Theaterdirektorin und Schauspielerinnen Ida Ehre, die dank ihrer „Mischehe“ die Verfolgung überlebt hatte, zu seiner geistigen Orientierung beigetragen.⁶³ Der ungarisch-jüdische Fernseh- und Filmproduzent Gyula Trebitsch, ein langjähriges Mitglied der jüdischen Gemeinde, half Schmidt bei seinem ersten Wahlkampf und war jahrelang mit ihm befreundet.⁶⁴ Eine intellektuelle Freundschaft verband Schmidt mit dem amerikanisch-deutschen Historiker jüdischer Herkunft Fritz Stern. Stern, dessen Eltern und Großeltern zum evangelischen Glauben übergetreten waren, betrachtete sich nach dem Holocaust als „amerikanischer Jude“. Der Historiker, der nach dem Krieg Deutschland oft besuchte, aber nie zurückkehrte, beschäftigte sich zeit seines Lebens mit deutschen und deutsch-jüdischen Themen.⁶⁵

Henry Kissinger lernte Schmidt bereits 1955 in Harvard kennen. Zwischen den beiden verantwortlichen Politikern der siebziger Jahre gab es auch Meinungsverschiedenheiten, aber Schmidt hielt den in Deutschland geborenen jüdisch-amerikanischen Staatsmann stets für einen Freund Deutschlands.⁶⁶

Schmidt würdigte insbesondere die Entschlossenheit deutscher Juden, die die Verfolgung überlebt hatten oder aus dem Exil zurückkehrten, am Aufbau der deutschen Demokratie, Kultur und Wissenschaft aktiv mitzuwirken, wodurch sie ihre Versöhnungsbereitschaft gegenüber Deutschland und den Deutschen unter Beweis stellten. „Es ist ein Wunder, was uns Deutschen nach 1945 geschehen ist, daß viele Juden fähig und willig waren, ihren Haß zu überwinden und abermals Vertrauen in das Land zu investieren, welches sie so entsetzlich enttäuscht hatte“,⁶⁷ schrieb Schmidt in der Rezension eines Buches von Fritz Stern. In seiner Laudatio auf Nachum Goldmann zu dessen 85. Geburtstag sprach er sogar von einer neuen deutsch-jüdischen Symbiose, auch wenn sie noch länger auf sich warten lasse.⁶⁸

VII.

Schmidt, der selbst evangelisch-lutherischen Glaubens ist, erwähnte in seinen Erinnerungen und Interviews seine „pro-jüdischen Sympathien“, die er sich aber nicht zu erklären wusste.⁶⁹ Seine Mitgliedschaft als Hamburger Senator im Vorstand der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit entsprach dem damaligen „bon ton“, war aber kaum von besonderer Bedeutung.⁷⁰

Von seinem eigenen jüdischen Großvater, der den unehelichen Spross eines flüchtigen Verhältnisses mit einer Kellnerin adoptieren ließ, erfuhr Schmidt erst als Vierzehnjähriger (1933) durch seine Mutter.⁷¹ Doch auf den Jugendlichen, der einige Jahre zur Marine-HJ gehörte und von der nationalsozialistischen Ideologie beeinflusst war, machte das wenig Eindruck.⁷² Was Schmidt am NS-Regime missfiel, war dessen Bekämpfung der „Entarteten Kunst“,⁷³ wie zum Beispiel der von ihm und seiner Jugendfreundin und späteren Ehefrau bewunderten deutschen Expressionisten. Der „Makel“ verhinderte immerhin, dass Schmidt in die NSDAP eintrat, aus Angst, man könne bei den Nachforschungen für den benötigten „Ariernachweis“ auf seinen jüdischen Großvater stoßen. Aus Rücksicht auf seinen Vater und dessen Scham, unehelich geboren zu sein, vermied es Schmidt bis nach dem Tod des Vaters in den achtziger Jahren, das Geheimnis seiner teilweise jüdischen Herkunft zu lüften.⁷⁴ Vielleicht befürchtete er, dass die Veröffentlichung zu einem früheren Zeitpunkt seiner politischen Karriere hätte schaden können. Andere sozialdemokratische Politiker wie Adolf Arndt, Gerhard Jahn und Egon Bahr hatten den jüdischen Anteil ihrer Vorfahren schon früher öffentlich gemacht. Später forschten Historiker mit Schmidts Einverständnis nach seinen jüdischen Vorfahren. Dabei stellte sich heraus, dass sein leiblicher Großvater Ludwig Gumpel Mitinhaber einer Privatbank und Mitglied einer wohlhabenden Familie aus Bernburg an der Saale war, der 1935 in Karlsbad starb und in seiner Heimatstadt bestattet wurde.⁷⁵

Ein problematischer Punkt in Schmidts Lebensgeschichte war seine vermeintliche „Unkenntnis“ der Judenverfolgung während des Krieges. Dies hatte seine in England lebende Tochter bemängelt, als sie den ersten Entwurf seines Essays „Politischer Rückblick auf eine unpolitische Jugend“ las, eine Kritik, die Schmidt schmerzlich traf.⁷⁶ Laut den Notizen, die Schmidt im britischen Gefangenenlager niederschrieb, wurde er dort zum ersten Mal mit der „Endlösung der Judenfrage“, mit Auschwitz und den anderen Konzentrations- und Vernichtungslagern, mit Gaskammern und Massenmord konfrontiert. Doch seine Beteuerungen, zu Beginn von „Barbarossa“ nur vom Kommissarbefehl (Tötung aller politischen Kommissare) und weder an der Front noch als Offizier daheim von der Judenverfolgung gehört zu haben, sind kaum glaubwürdig.⁷⁷

In dieser Frage kam es 1999 erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen Schmidt, dessen Ehefrau und Michael Blumenthal, dem Direktor des neuen Jüdischen Museums in Berlin, den Schmidt bereits in Amerika als Finanzminister in der Carter-Administration kennengelernt hatte. In einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der dem Verdrängungsproblem gewidmet war, wies Blumenthal, ohne Schmidt namentlich zu erwähnen, auf einen von ihm hochgeschätzten „namhaften deutschen Demokraten“ hin, dem er nicht glaube, während des Krieges nichts von der Vernichtung der Juden gehört zu haben.⁷⁸ In einem Brief an Schmidt betonte Blumenthal, er wolle ihm keine bewusste Unwahrheit unterstellen, aber das private Gedächtnis, das von Erfahrungen und unbewussten Faktoren geprägt werde, „[könne] uns manchmal täuschen“.⁷⁹

Die Antwort verfasste, mit Schmidts Einwilligung, seine Frau Hannelore, die aus einem linken anti-nationalsozialistischen Elternhaus kam. Auch sie betonte, „von all den Grausamkeiten [...], die um uns herum passierten“, erst nach dem Krieg erfahren zu haben.⁸⁰ In einem späteren Beitrag zur Festschrift anlässlich Blumenthals 80. Geburtstag erwähnte Schmidt zustimmend dessen Formulierung, „daß Deutsche und Juden nur dann nach vorne schauen können, wenn jede Seite das Trauma der anderen Seite verstehen lernt, es respektiert und ehrlich damit umgeht, ohne Selbstmitleid oder Gefühl der moralischen Überlegenheit“.⁸¹ Ob viele Juden genau dieser Formulierung zustimmen würden, sei dahingestellt.

Im Laufe der Jahre hat Schmidt seine Ansichten über die Wehrmacht als „einzigen anständigen Verein“ teilweise revidiert. Er gestand, dass durch die Beteiligung an der Eroberung des Ostens die objektive Voraussetzung für das Vernichtungswerk geschaffen wurde und dass die Soldaten, die er als Patrioten betrachtete, zu Werkzeugen Hitlers wurden. In einer Diskussionsrunde in der „Zeit“ sagte er, dass die große Mehrheit aller Deutschen, nicht etwa nur die Wehrmachtsangehörigen, sondern auch Beamte, Arbeiter und Angestellte der Industrie, Belegschaften von Bahn und Post tatsächlich und objektiv zu Helfern des Hitlerschen Krieges wurden.⁸²

Dennoch war Schmidt niemals bereit, die Wehrmacht, in der er zusammen mit anderen ca. achtzehn Millionen Deutschen an verschiedenen Kriegsschauplätzen und daheim gedient hatte, als eine verbrecherische Organisation zu bezeichnen. Die von Philipp Reemtsma's Hamburger Institut für Sozialforschung organisierte Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht blieb für ihn ein Tabu.⁸³ Auch die inkriminierenden Ergebnisse der neueren deutschen Geschichtsforschung, denen zufolge der Antisemitismus in der Wehrmachtserziehung noch vor Ausbruch des Krieges 1939 präsent war, die Juden in der Welt als „geistige Parasiten“ bekämpft wurden und viele Generäle später in die Vernichtungspolitik verstrickt waren, hat Schmidt wenigstens öffentlich nie zur Kenntnis genommen.⁸⁴ Seine apologetischen Behauptungen, selbst nie einem Offizier begegnet zu sein, der ein verbohrt Nazi war, sind keineswegs überzeugend. Allerdings räumte er ein, dass es auch in Heer, Marine und Luftwaffe Truppenteile gegeben habe, in denen überzeugte „nationalsozialistische Führungsoffiziere“ dienten, die als militärische Vorgesetzte politische Beeinflussung und ideologische Indoktrination ausgeübt hätten.⁸⁵

VIII.

Obwohl Schmidt während seiner gesamten politischen und publizistischen Laufbahn eine Kollektivschuld des deutschen Volkes zurückwies, warnte er als Kanzler und auch danach davor, unter die NS-Vergangenheit und den Holocaust verfrüht einen Schlussstrich zu ziehen. Er betonte die Verantwortung der jungen Generation, sich auch weiterhin mit dem damaligen Geschehen auseinanderzusetzen. Noch vor der Debatte über die deutschen Opfer der Vertreibung und des Luftkriegs, die im letzten Jahrzehnt entbrannte, wandte er sich dagegen, dass man die Vertreibung aus Schlesien gegen Auschwitz aufrechne.⁸⁶

Das Verhältnis dieses großen deutschen Staatsmannes zu Israel bleibt jedoch bis heute ambivalent. Nach einer kurzen pro-israelischen Phase vor dem Jom Kippur-Krieg, die im Wesentlichen noch durch die Ost-West-Konfrontation im Nahen Osten bedingt war, zeichnete sich danach bei ihm eine realpolitische Wende ab, die schon vor Begin's Wahl zum Regierungschef einsetzte, danach aber eskalierte und zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen führte. Dem Strategen Schmidt war die außerordentlich schwierige Lage, in der sich Israel inmitten einer feindlichen arabisch-muslimischen Welt befand, von Anfang an bewusst. Aber mit den dadurch bedingten Ängsten Israels und seiner langjährigen Besetzung der im Sechstagekrieg eroberten Gebiete wollte er sich nicht abfinden, trotz der Beteuerung über die Mitverantwortung des deutschen Volkes, dem einzigen jüdischen Staat außer wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe auch moralischen und außenpolitischen Beistand zu leisten.⁸⁷ Hinzu kam noch Schmidts Kritik an der totalen politischen und strategischen Abhängigkeit Israels von den USA, während er sich sukzessive von der imperialen und unilateralen Politik Washingtons absetzte.⁸⁸ Im Buch „Weggefährten“ schrieb Schmidt, „bis ein Kompromiß erzielt wird, der für alle Seiten akzeptabel ist, bleiben [...] die Beziehungen Deutschlands zu Israel und den muslimisch geprägten Staaten, des Nahen und des Mittleren

Ostens heikel und schwierig“.⁸⁹ Seine Skepsis kam auch in seiner Rede zum Ausdruck, die er anlässlich der ihm verliehenen Ehrendoktorwürde der Universität Haifa im März 2000 in Hamburg hielt: Auch wenn es gelingen sollte, zu verträglichen Kompromissen zwischen Israel und den Palästinensern und den arabischen Staaten zu gelangen, werde „die Dauerhaftigkeit des Friedens davon [abhängen], ob und wie weit es gelingt, auf muslimischer wie auf jüdischer Seite die scheinbar unversöhnlichen religiösen Gegensätze zu überwinden“.⁹⁰ Was allerdings die deutsch-israelischen Beziehungen betrifft, so scheint sich Schmidts pessimistische Prognose doch nicht ganz bewahrheitet zu haben. Im sechzigsten Jahr der Existenz des Staates Israel sind diese Beziehungen wesentlich besser, als Schmidt das voraussah.⁹¹

ANMERKUNGEN

*** Mit Dank an Prof. Dr. Michael Brenner,
Ludwig-Maximilians-Universität München,
für die Durchsicht des Manuskripts.**

1 Mein Dank gilt insbesondere Dr. Christoph Stamm, dem verantwortlichen Referenten des Helmut-Schmidt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) in Bonn, für seine langjährige Hilfe bei meiner dortigen Forschungsarbeit. Danken möchte ich auch Frau Heike Lemke, der Verantwortlichen für das Helmut Schmidt- Archiv in Hamburg, die mir bei meinem Arbeitsbesuch im September 2007 helfend zur Seite stand.

2 Protokolle des Parteivorstandes, 29. 5. 1964, AdsD; die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgte durch Ludwig Erhard im März 1965.

3 Helmut Schmidt, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S. 335 f.; Schmidt an Golda Meir, 1-7 1966, Bestand Helmut Schmidt, 5516, AdsD [im Folgenden Bestand Schmidt, AdsD]; Ari Rath, Visitors Gallery, Shadow Defence Minister Concludes Visit Today, Jerusalem Post, 15. 6. 1966.

4 Schmidt, Weggefährten, S. 337 f.

5 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 111. Sitzung, 7. 6. 1967, S. 5267–5288. Schmidts Erklärung war von Peter Blachstein, Erhard Eppler, Kurt Mattick und Karl Mommer verfasst worden, SPD-Bundestagsfraktion, 199, 6. 6. 1967, AdsD.

6 Hassan Gulick, Helmut Schmidt und der Nahostkonflikt, in: Partnerschaft mit der arabischen Welt 41 (1999).

7 Schmidt an Asher Ben-Natan, 13. 6. 1969, Helmut Schmidt Archiv, Hamburg [im Folgenden Schmidt Archiv].

8 Vgl. Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke: Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt a. M. 1994; Reinhard Renger (Hrsg.), Die deutsche „Linke“ und der Staat Israel, Leipzig 1994.

9 Elyashiv Ben-Chorin an Yochanan Meroz, israelisches Außenministerium Jerusalem, 16. 7. 1970, Israelisches Staatsarchiv, Dokumente zur Auswärtigen Politik 4579/38 [im Folgenden ISA, DAP].

10 Gershon Avner, israelisches Außenministerium, an Ben-Chorin, Bonn, 3. 7. 1970; ISA, DAP, 4579/38.

- 11 Ben-Chorin an israelisches Außenministerium, 22. 6. 1971, ISA, DAP, 4572/39; Notiz vom 11. 6. 1971, Kabinettsitzung 9. 6. 1971, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD), 1971, Bd. II, Nr. 205, S. 953.
- 12 Ben-Chorin an Meroz, 16. 7. 1970, Bar-On an A. Ben Yosef, Verteidigungsministerium, 19. 7. 1970, Ben-Chorin an Meroz, 22. 5. 1970, ISA, DAP, 4572/38.
- 13 Walter Scheel an Schmidt, 20. 11. 1969, AAPD, 1969, II, Nr. 372, S. 1317 f.
- 14 Präsidium der SPD; Kurzprotokoll der Sitzung vom 30. 10. 1973, PV Präsidium, 238, AdsD; Erklärung der neun EG-Staaten zur Lage im Nahen Osten, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 148, 14. 11. 1973.
- 15 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 148, 14. 11. 1974; Sitzung des Präsidiums der SPD, 26. 11. 1974, SPD Pressemitteilungen und Informationen 552/74, AdsD.
- 16 Protokolle der Gespräche zwischen Schmidt und Rabin, Bonn 9. 7. 1975, AAPD, 1975, Bd. II, Nr. 154, S. 895–904.
- 17 Dr. Böcker, Vermerk an Genscher, 9. 7. 1975, Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes [im Folgenden PAAA]; ZW Bd. 104784.
- 18 Schmidt resümierte seine Eindrücke von Rabin in einem inoffiziellen Gespräch mit einem führenden Journalisten der Springerpresse (oder mit Axel Springer selbst). Gesandter Yitzhak Ben-Ari an N. Yaish, Israelisches Außenministerium, 27. 7. 1975, ISA, DAP, 8532/18.
- 19 Rolf Vogel, Der deutsch-israelische Dialog, Bd. 1/2, München 1987, 23.–25. 3. 1976, S. 622–626.
- 20 Botschafter Per Fischer, Tel Aviv an Auswärtiges Amt, 22. 11. 1976, PAAA, ZW 108733.
- 21 Über die Zusammenarbeit zwischen deutschen Linksterroristen (RAF, B2J und RZ) und palästinensischen Terroristen, hauptsächlich der Popular Front for the Liberation of Palestine, siehe Eli Karmon, Deutsche Terroristen – haben sie sich mit der palästinensischen Terrororganisation verbündet?, in: Politische Studien 50 (1999), S. 368. Die Kooperation zwischen israelischen und deutschen Sicherheitsbehörden begann nach den Olympischen Spielen in München, bei denen elf israelische Sportler getötet wurden. Über die diplomatischen Kontakte mit Bonn vor der israelischen Aktion zur Befreiung der Geiseln des entführten Air France Flugzeugs in Entebbe war man in Jerusalem zufrieden (ISA, DAP, 8495/35). Dennoch bat Genscher, Israel möge in Verbindung mit der Terrorbekämpfung „niedriges Profil bewahren“, Meroz an israelisches Außenministerium, 22. 10. 1976, ISA, DAP, 8495/34; Ulrich Wegener, der Kommandant der GSG 9, der im Oktober 1977 zur Befreiung der Lufthansamaschine „Landshut“ eingesetzt wurde, war 15 Monate zuvor Beobachter bei der israelischen Befreiung der Air France Maschine in Entebbe, Willi Winkler, Die Geschichte der RAF, Berlin 2007, S. 343, 502.
- 22 Wie z. B. Gespräch Genscher-Allon, 27. 11. 1975, AAPD, 1975, II, Nr. 358, S. 1695–1704 und derselben, 29. 6. 1976, AAPD, 1976, I, Nr. 200, S. 927–931.
- 23 Schmidt-Allon, 24. 6. 1976, AAPD, 1976, I, Nr. 201, S. 942–947.
- 24 Begin ließ Schmidt wissen, dass Rabins Einladung weiter bestehe, aber der scheidende deutsche Botschafter in Tel Aviv und auch andere Diplomaten im Auswärtigen Amt rieten mehrmals, den Schmidt-Besuch zu verschieben; Besuch Moshe Dayans in Bonn 28.–30. 11. 1977, Gespräch mit Schmidt, AAPD, 1977, II, Nr. 339, S. 1621–1626, hier S. 1621 f.; Oldenkott an Schmidt, Bestand Schmidt, 5. 8. 1977: 6709; auch Bestand Schmidt, 8. 11. 1977: 6796, AdsD.
- 25 Axel Springer an Helmut Schmidt, 23. 1. 1978, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.
- 26 Schmidts Interview mit der Jerusalem Post, 22. 6. 1980. Darin sagte Schmidt, er glaube nicht, dass das schlechte Gewissen [der Deutschen] die Basis sein solle für die Unterstützung Israels durch die Bundesrepublik.
- 27 „Deutscher Rat unerwünscht“, in: Die Welt vom 25. 6. 1980.

- 28 Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 16. 6. 1980. Darin distanzierte sich Johannes Rau von der in Venedig verabschiedeten Stellungnahme zur PLO, wohingegen Willy Brandt es bedauerlich fand, dass sie nicht schon früher zustande gekommen sei. Bestand Schmidt: 6321, AdsD.
- 29 Gespräch Schmidt-Shamir, 17. 11. 1980, Bonn, Vermerk 21. 11. 1980, Bestand Schmidt: 8927, AdsD.
- 30 Michael Wolfssohn, German-Saudi Arabian Arms Deals, 1936–39 and 1981–1985, Frankfurt a. M. 1985, S. 669 ff., über die SPD-Fraktion, S. 76 ff. Schon im November 1977 gab es Berichte von arabischen Quellen, denen zufolge Schmidt erwog, Riad die gewünschten Leopardpanzer zu verkaufen, aus Dankbarkeit für die Hilfe Riads, die Regierung Somalias dazu zu bewegen, die Landung des deutschen Kommandos und damit die Befreiung der Geiseln der entführten Lufthansamaschine in Mogadischu zuzulassen, Middle East Report, 6. 11. 1977, ISA, DAP, 2735/13; Davar übernahm dasselbe von UP und Reuter, 8. 11. 1977, ISA, DAP, 8495/33.
- 31 Helmut Schmidt zum Stand der deutsch-arabischen Beziehungen, Deutsches Fernsehen (BPA-Nachrichtenabteilung), Interview 30. 4. 1981, Schmidt-Archiv, Hamburg.
- 32 Interview mit Begin im israelischen Rundfunk, 4. 5. 1981, Nachrichtenspiegel vom 7. 5. 1981, Schmidt-Archiv, Hamburg.
- 33 Werner Bergmann, Realpolitik versus Geschichtspolitik. Der Schmidt-Begin-Konflikt von 1981, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 7 (1998), S. 266–287; Reaktion der deutschen Juden, Süddeutsche Zeitung vom 11. 5. 1981.
- 34 Nachum Orland, Das Deutschlandbild der israelischen Presse, Frankfurt a. M. 1984, S. 43– 60.
- 35 Abba Eban an Schmidt, 27. 5. 1981: 6598, AdsD.
- 36 Annemarie Renger, 30. 10. 1981, Bericht über Besuch in Israel, 23.–27. 10. 1981, Schmidt- Archiv, Korrespondenz, Hamburg; vgl. Annemarie Renger, Ein politisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart 1993, S. 317 ff. Ungeachtet seiner antideutschen Haltung empfing Begin während seiner Amtszeit eine Reihe deutscher Politiker, die auch in der Wehrmacht gedient hatten, wie zum Beispiel Franz Joseph Strauß, Hans-Dietrich Genscher, Karl Carstens sowie die Botschafter Klaus Schütz und Niels Hansen.
- 37 „EG-Beschluß eine Verlegenheit“, Interview mit Herbert Wehner, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Bonn 30. 10. 1981; Schmidt an Wehner, 16. 11. 1981, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.
- 38 Zur Kontroverse über „normale Beziehungen“, siehe Amnon Neustadt, Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik, Frankfurt a. M. 1983, S. 188–204.
- 39 Memo über Gespräch Schmidt-Schütz, 8. 2. 1979, Bestand Schmidt: 8825, AdsD.
- 40 Gespräch Schmidt-Eban, London, 5. 12. 1980, Bestand Schmidt: 6749, AdsD.
- 41 Gespräch Schmidt-Peres, Bonn, 1. 4. 1982, Bestand Schmidt: 8983, AdsD.
- 42 Schmidt in der SPD-Bundestagsfraktion, 11. 9. 1979, Bestand Schmidt: 6524, AdsD.
- 43 Schmidt, Weggefährten, S. 347 f.
- 44 D. D. P. 6. 5. 1981, Bestand Schmidt: 6828, AdsD. Kurz vor seinem Tod veröffentlichte Goldmann einen äußerst kritischen Artikel: „Israel – wohin gehst du?“, in: Die Zeit vom 13. 8. 1982.
- 45 Gespräch Schmidt-Goldmann, 8. 10. 1974, AAPD, 1974, Bd. II, Nr. 203, S. 1267–1272.
- 46 Eliyahu Salpeter, Interview mit Helmut Schmidt, Haaretz vom 17. 5. 1985.
- 47 Schmidt, Weggefährten, S. 355 f., 360. Kollek schrieb an Schmidt, dass er in vielen Punkten mit ihm übereinstimme, aber nicht in Bezug auf den palästinensisch-israelischen Konflikt als Kernproblem des Nahen Ostens, Kollek an Schmidt, 17. 3. 1991, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.
- 48 Gespräch des Autors mit Hannelore Schmidt, Hamburg, 20. 9. 2007. Siehe auch Loki, Hannelore Schmidt erzählt aus ihrem Leben im Gespräch mit Dieter Buhl, Hamburg 2003.

- 49 Interview BK Helmut Schmidt im französischen Fernsehen zur Wirkung der Fernsehsendung „Holocaust“ in: Rolf Vogel (Hrsg.), Der deutsch-israelische Dialog, Teil III, Bd. 6 Kultur, München u. a. 1989, S. 124–127.
- 50 Im Gedenken an die Toten von Neuengamme, 6. 11. 1965, Helmut Schmidt, Beiträge 1967, S. 614–618; Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn, Berlin 1990, zu Auschwitz, S. 493–497; Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Bulletin 125, 8. 12. 1977.
- 51 Helmut Schmidt, Ansprache in der Großen Synagoge zu Köln, 9. 11. 1978. Eric Warburg, Herbert Weichmann und der israelische Botschafter in Bonn, Yochanan Meroz, hatten dem vom Kanzler beauftragten Mitarbeiter Texte für die Rede übergeben, Vermerk Dr. von Trotta, 3. 11. 1978, Bestand Schmidt: 9551, AdsD.
- 52 Ansprache von Nachum Goldmann, 9. 11. 1978, Köln, Central Zionist Archives, Jerusalem, Z–2749.
- 53 Im ZDF, Die Bonner Runde, Schmidt diskutierte mit Christian Meier, Klaus Scholder, Joachim Fest und Peter Scholl-Latour, 9. 11. 1978, Sammlung Personalia, Helmut Schmidt, AdsD.
- 54 Laurence Leshnik an A. Forster, 19. 7. 1976, über Marie Schleis Gespräch mit ADL-Delegierten, 15. 7. 1976, ADL Archives New York, ADL, Foreign Correspondence Germany; vgl. Notiz vom 11. 6. 1976, Bestand Schmidt: 6680, AdsD.
- 55 Gespräch einer von Richard Maass geleiteten AJC-Delegation mit Schmidt, 8. 6. 1979, New York, American Jewish Committee Archives New York, BGX 79, Germany/West. Einige führende AJC-Mitglieder wurden von Schmidt davor in Bonn zu einem kurzen Gespräch geladen; vgl. T. Höynck, 27. 3. 1979, an Bundeskanzler, Bestand Schmidt: 7290, AdsD.
- 56 New York Times vom 20. 11. 1980.
- 57 Gespräch des BK mit neun Vertretern der „Conference of the Presidents of Major American Jewish Organizations“, Washington, 21. 5. 1981, Vermerk Barzing, 22. 5. 1981, Bestand Schmidt: 6770, AdsD; vgl. Gespräch mit Howard Squadron u. a., 7. 7. 1981, Vermerk 8. 7. 1981, Bestand Schmidt: 8959, AdsD.
- 58 Gespräch des BK mit Edgar Bronfman, Bonn, 13. 5. 1982, Vermerk von der Gablentz, 24. 5. 1982, Bestand Schmidt: 8989, AdsD.
- 59 Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987, S. 162 f.
- 60 Schmidt, Weggefährten, S. 124–128.
- 61 Ebenda, S. 159–163; vgl. Ron Chernow, The Warburgs: The Twentieth Century Odyssey of a Remarkable Jewish Family, New York 1993, S. 185 f.
- 62 Schmidt, Weggefährten, S. 548–554.
- 63 Ebenda, S. 21–26.
- 64 Ebenda, S. 196 f.
- 65 Fritz Stern, Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen, München 2007, S. 235. Über die Beziehungen zwischen Stern und Schmidt, siehe S. 524–532.
- 66 Helmut Schmidt, Würdigung von Dr. Henry Kissinger, Vierzig Jahre Atlantic Brücke, Eric M. Warburg-Preis, 25. 2. 1992, Schmidt-Archiv, Hamburg.
- 67 Helmut Schmidt, Wie konnte es dazu kommen? Deutschland und seine Juden. Identitäten im Zwiespalt, in: Die Zeit vom 16. 9. 1988.
- 68 Helmut Schmidt, Ansprache in Amsterdam, 8. 7. 1980, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 83, 17. 7. 1980.
- 69 Helmut Schmidt, Politischer Rückblick auf eine unpolitische Jugend in: Helmut Schmidt u. a., Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 1999, S. 226–234, hier S. 228.
- 70 Prof. Dr. Kraus an Schmidt, 24. 1. 1962, Bestand Schmidt: 5582, AdsD.

- 71 Schmidt, Rückblick, S. 226.
- 72 Ebenda, S. 229 f.
- 73 Helmut Schmidt, Die „Entarteten“ – ein deutscher Glücksfall, in: Die Zeit vom 19. 6. 1987; Schmidt, Rückblick, S. 236 f.
- 74 Jonathan Carr, Helmut Schmidt, Düsseldorf/Wien 1986, S. 17 f.; vgl. auch Valéry Giscard d’Estaing, Le Pouvoir et la Vie, Vol. 1, Paris 1988, S. 158–161.
- 75 Gerrit Aust/Irmgard Stein, Gumpel, Wenzel, Schmidt, Die unbekanntenen Vorfahren von Helmut Schmidt, Hamburg 1994; Rolf Pohlmann, Spuren der jüdischen Anverwandten des Kanzlers Helmut Schmidt, Museum Schloß Bernburg, 2002.
- 76 Schmidt, Rückblick, S. 269 f.
- 77 Ebenda, S. 256, 262; Hartmut Soell, Helmut Schmidt, Vernunft und Leidenschaft, München 2003, S. 107 f.
- 78 Michael Blumenthal, Streit um die Erinnerung. Über den schwierigen Weg zu einer Ethik des Gedenkens. Der Holocaust und die Öffentlichkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 10. 1999.
- 79 Michael Blumenthal an Helmut Schmidt, 4. 11. 1999, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.
- 80 Hannelore Schmidt an Michael Blumenthal, 26. 11. 1999, Schmidt-Archiv, Korrespondenz, Hamburg.
- 81 Helmut Schmidt, Beitrag zur Festschrift anlässlich des achtzigsten Geburtstags von Michael Blumenthal, 21. 4. 2006.
- 82 Soell, Helmut Schmidt, S. 91, 107 f.; Schmidt, Rückblick, S. 237; zur Wehrmachtsdiskussion im Dritten Reich: „Wir hatten geglaubt, wir könnten anständig bleiben“, in: Die Zeit vom 3. 3. 1995.
- 83 Bernard Henry Levy, Ein paar Versuche in Deutschland spazieren zu gehen, II, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 2. 1999.
- 84 Vgl. Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt a. M. 2002; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1942, München 2006; Jürgen Förster, Die Wehrmacht im NS Staat, München 2007.
- 85 Schmidt, Rückblick, S. 248.
- 86 Helmut Schmidt, Rede zum 8. 5. 1985, Hamburg-Bergedorf, Schmidt-Archiv, Hamburg.
- 87 Schmidt im Gespräch mit Shimon Peres, 18. 8. 1997, in: Helmut Schmidt, Jahrhundertwende, Berlin 1998, S. 63.
- 88 Vgl. Anm. 18 in Bezug auf Rabin 1975; Helmut Schmidt, Europa braucht keinen Vormund, in: Die Zeit vom 1. 8. 2002. Mehr dazu in Helmut Schmidt, Die Mächte der Zukunft, München 2004, S. 55–110.
- 89 Schmidt, Weggefährten, S. 338.
- 90 Helmut Schmidt, Rede, Newsletter, Haifa, 1/1000. Manfred Lahnstein, bis 2007 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Universität Haifa, bezeichnete in einem Gespräch bei Helmut Schmidt Israels äußere Sicherheit und die langfristige Wahrung des jüdischen Charakters des Staates als das zentrale Problem. Er beklagte sich über die Gleichsetzung der israelischen Demokratie mit Diktaturen aller möglichen Schattierungen bei weiten Teilen der deutschen Intelligenz, 14. 3. 2003, Schmidt-Archiv, Hamburg.
- 91 Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset in Jerusalem, 18. 3. 2008, in der sie die „besonderen, einzigartigen Beziehungen“ betonte.

DER AUTOR

SHLOMO SHAFIR, Dr., geboren als Selimar Frenkel in Berlin, Journalist und Historiker. Studium europäischer Geschichte und Politologie an der Hebräischen Universität Jerusalem und an der Georgetown University Washington D.C., Ph.D. Geschichte 1971.

Veröffentlichungen u.a. *Ambiguous Relations. The American Jewish Community and Germany Since 1945*, Detroit 1999; *Eine Ausgestreckte Hand. Deutsche Sozialdemokraten, Juden und Israel 1945-1967*, Tel-Aviv 1986 {Hebr. }

Beiträge in wissenschaftlichen Sammelbänden und Zeitschriften in Englisch, Deutsch und Hebräisch.

Bis 1989 Redakteur für internationale Angelegenheiten bei der israelischen Tageszeitung *Davar* und bis 2005 Chefredakteur der Zeitschrift *Gesher*.

Kontakt zum Autor und/oder COMPASS:
redaktion@compass-infodienst.de
Betreff: Shafir

© **2009** Copyright bei Autor und Verlag
online exklusiv für ONLINE-EXTRA

ONLINE-EXTRA – ein Service von COMPASS-Infodienst
www.compass-infodienst.de
redaktion@compass-infodienst.de

Kennen Sie schon die tagesaktuellen Ausgaben von COMPASS-Infodienst?

COMPASS liefert täglich Links zu top-aktuellen Beiträgen aus den Themenbereichen:
Nahost/Israel, Gedenken und Erinnern, Antisemitismus, Rechtsradikalismus, multikulturelle Gesellschaft, christlich-jüdischer und interreligiöser Dialog, jüdische Welt. Ergänzt von Rezensionen und Fernseh-Tpps!

Jetzt 5 Ausgaben kostenfrei und unverbindlich !

Bestellen Sie jetzt Ihr Probe-Abo: abo@compass-infodienst.de